

Leo Mayer

Das Ende der Krise – oder jetzt die neue Phase mit wachsender Arbeitslosigkeit?

Referat auf den Betriebsversammlungen der Telekom, München, 21. und 22. Sept. 2009

Obwohl Bundeskanzlerin Merkel und die gesamte Regierung das Ende der Krise ausgerufen haben, hat mich Ihr Betriebsrat gebeten, mit Ihnen über die Wirtschafts- und Finanzkrise zu sprechen.

Möglicherweise haben die Kolleginnen und Kollegen Zweifel an der Glaubwürdigkeit dieser These vom Ende der Krise.

- vielleicht erinnern sie sich noch daran, dass die Bundeskanzlerin im Dezember 2007 verkündet hatte: *„Der Aufschwung kommt jetzt auch bei den kleinen Leuten an.“*
Die Realität war eine andere: die „kleinen Leute“ haben *„im jüngsten konjunkturellen Aufschwung der Jahre 2004 bis 2008 nicht von der wirtschaftlichen Entwicklung profitiert“*¹, schreibt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung DIW im August 2009. Die Reallöhne waren 2008 um 4,3% niedriger als 2000. *„ .. eine in der Geschichte der Bundesrepublik einmalige Entwicklung, denn nie zuvor ging ein durchaus kräftiges Wirtschaftswachstum mit einer Senkung der realen Nettolöhne über mehrere Jahre einher.“*²
- Finanzminister Steinbrück hatte noch Anfang September 2008 erklärt: Wir haben keine Wirtschaftskrise und die Finanzkrise ist im Wesentlichen überwunden.
Eine Woche später krachte die Lehman Brothers Bank zusammen und die Rezession wurde zum steilen Absturz der Weltwirtschaft. Und noch mal zwei Wochen später stand die Hypo Real Estate vor der Pleite. Über 100 Mrd. Euro - davon 90 Mrd. Steuergelder - waren bisher als Kapitalspritzen und Bürgschaften notwendig, um den Zusammenbruch der Bank zu verhindern.

Allein vor diesem Hintergrund sind Zweifel angebracht, wenn jetzt - kurz vor der Bundestagswahl - das Ende der Krise ausgerufen wird, bloß weil Aktienkurse und Immobilienpreise nicht mehr im freien Fall sind und nicht länger jede Woche eine Großbank zusammenbricht.

Das Ende der Krise kann man nur verkünden, wenn man die Realität ausblendet und den Statistiken vertraut:

- Im zweiten Quartal 2009, meldet das Statistische Bundesamt, sei die Wirtschaft um 0,3 % gegenüber dem Vorquartal gestiegen. Die Talfahrt, so das Motto aus Berlin sei gestoppt. Schaut man genauer hin, sieht man, dass die Wirtschaft gegenüber dem Vorjahresquartal um 7,1 % gesunken ist. Im ersten Vierteljahr 2009 betrug der Rückgang gegenüber dem Vorjahresquartal noch 6,4 %. Obwohl statistisch und technisch von einem Ende der Rezession gesprochen werden kann, befindet sich in Wahrheit die Wirtschaft also nach wie vor im steilen Sinkflug, und der Steilheitsgrad hat sich gegenüber dem ersten Quartal 2009 sogar noch verschärft.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung weist denn auch darauf hin, dass die Industrie den ersten Zuwachs seit eineinhalb Jahren verzeichnen kann, aber dass zu berücksichtigen ist, *„dass die Wirtschaftsleistung der Industrie in den vorangegangenen 18 Monaten um über 23 Prozent geschrumpft war.“*³ Die Auftragseingänge sind um mehr als 30 Prozent niedriger, als zu Krisenbeginn.

Dritte Phase der Krise - wachsende Arbeitslosigkeit

Zwar wächst die Wirtschaft wieder - aber zugleich wächst die Arbeitslosigkeit

Die Kommission der Europäischen Union erklärt das in einer jüngsten Veröffentlichung⁴ damit, dass eine Verzögerung von 2 bis 3 Kalenderquartalen zwischen Wirtschaftszyklus und Arbeitsmarkt ganz normal sei.

Jetzt sei

- die Kapazitätsauslastung der Industrie auf einem Rekordminimum,
- die Zahl der Firmenzusammenbrüche steige an,
- Kurzarbeiterregelungen laufen aus - immerhin waren Ende Juni in Deutschland 1,4 Mio. Menschen auf Kurzarbeit gesetzt -,

so dass jetzt Entlassungen und Arbeitslosigkeit ansteigen werden.

¹ DIW, Pressemitteilung vom 12.08.2009

² DIW Wochenbericht, Nr.33/2009

³ DIW, Pressemitteilung vom 28.08.2009

⁴ EU-Kommission, Interim forecast, September 2009

Steigende Arbeitslosigkeit würde wiederum zu sinkender Kaufkraft und Nachfrage führen. Dazu kommt das Auslaufen von Konsumanreizen - wie die Abwrackprämie. Der sowieso geringfügige Anstieg des privaten Konsums ging z.B. in Deutschland ausschließlich auf die Abwrackprämie zurück. Dies hat auch dazu geführt, dass die traditionell hohe Sparquote in Deutschland gesunken ist, weil viele Menschen - um die Abwrackprämie mitzunehmen - ein Auto gekauft und dafür ihr Ersparnis abgeräumt oder sogar Schulden gemacht haben. Sie werden jetzt ihr Konto wieder auffüllen und damit am Konsum sparen.

Eine negative Rückkopplung auf die wirtschaftliche Entwicklung könne nicht ausgeschlossen werden, meint denn auch die EU-Kommission.

Und der Internationale Währungsfond warnt: „Die globale Rezession ist nicht vorüber“⁵. Der kann sich diese Aussage leisten, denn er will ja auch nicht gewählt werden.

Dominique Strauss-Kahn, Direktor des Internationalen Währungsfonds, sagte kürzlich in Berlin, dass jetzt - nach der Phase der Finanz- und der Wirtschaftskrise - die dritte Phase der Krise beginne: die hohe Arbeitslosigkeit⁶.

Wer also jetzt vom Ende der Krise redet, verhöhnt die Menschen. Denn vielen steht statt dem Ende der Rezession erst das dicke Ende der Krise bevor: die Arbeitslosigkeit.

Bisher wurde der Arbeitsplatzabbau durch die Kurzarbeit gebremst. Aber jetzt beginnen die Entlassungen. Die Industrie baut Stellen ab, wie seit 12 Jahren nicht mehr. Die Bundesagentur für Arbeit schätzt, dass 2010 im Jahresdurchschnitt 4,1 Mio. Menschen ohne Stelle sein werden. Für 2009 rechnet sie mit durchschnittlich 3,5 Mio. Arbeitslosen.

Eine Anmerkung:

Im Jahr 2005 waren 5 Mio. Menschen statistisch als arbeitslos registriert.

Heute sind es 3,5 Mio., denn es ist gar nicht mehr so leicht, arbeitslos zu werden; zumindest statistisch. Weil inzwischen die Ein-Euro-Jobber, die in Umschulungsmaßnahmen steckenden oder die über 58-jährigen statistisch nicht als arbeitslos gelten. Dabei handelt es sich immerhin um 1,5 Mio. Menschen.

Dafür sind Niedriglohnjobs, befristete Beschäftigung und Leiharbeit sprunghaft angestiegen.

Wenn das nicht eine erfolgreiche Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit ist - zumindest statistisch!

Weil wir schon bei Statistik sind, vielleicht noch etwas Mathematik, weil wir ja in jüngster Zeit mit Zahlen überflutet werden, die wir uns gar nicht mehr vorstellen können. Früher haben wir gelernt, dass über die Erhöhung des Kindergeldes um 10.- Euro, des Hartz IV-Regelsatzes von 345 auf 351 Euro oder der Renten um 5 Euro wochenlang diskutiert wurde, weil sie möglicherweise zum Staatsbankrott führen könnten.

Heute werden über Nacht 18, 26, 30 oder 50 Milliarden lockergemacht.

Was sind

- 4 Mrd.: - das war die Summe, die zu Beginn für die BLB fällig war - 4 Mrd: von Geburt an jede Woche eine Mio. im Lotto - 50 Wochen im Jahr.
Gratulation: zum 80. Geburtstag haben sie 4 Mrd.
- Mrd.: (das ist die Summe, die nach Schätzung des Finanzministeriums die deutschen Banken an faulen Wertpapieren und Krediten in ihren Bilanzen haben):
wenn Sie, bzw. Ihre Vorgänger jeden einzelnen Tag seit Christi Geburt eine Million ausgegeben haben, und Sie halten das noch 730 Jahre durch, dann haben sie 1.000 Mrd. oder 1 Billion verprasst.

Das Casino ist wieder eröffnet

Diese Woche treffen sich die Regierungs- und Finanzchefs der sog. G20-Länder, um über Maßnahmen zur Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise zu beraten.

Hieß es im Frühjahr noch, dass das Casino geschlossen werden müsse, so ist jetzt davon keine Rede mehr. Jetzt geht es nur noch um die Provisionen und um die Verhaltensregeln für das Casino-Personal.

⁵ IMF; WEO update july2009

⁶ Beyond the Crisis: Sustainable Growth and a Stable International Monetary System, Dominique Strauss-Kahn, Berlin, September 4, 2009

Die Frage, ob die Politik die Banken reguliert, oder ob die Banken die Politik bestimmen, ist vorerst entschieden: Das Casino ist wieder eröffnet und hat Hochbetrieb: starke Banken haben die schwachen Geldhäuser geschluckt, die Zentralbanken pressen billiges Geld ins System und halten so die Rettungsschirme der Regierungen aufrecht.

Die Banken können wieder Risiken eingehen, ohne ein Risiko zu tragen. Denn das Risiko trägt die Allgemeinheit.

Und so wird der Finanzmüll neu verpackt und es wird wieder spekuliert und gewettet mit Aktien, Devisen, Rohstoffen, Hypothekenverbriefungen, Kreditversicherungen, Staatsanleihen, ...

A propos Staatsanleihen:

Bankenrettungsschirme und Konjunkturprogramme werden samt und sonders über Schulden finanziert. Aber schon heute sind Zinsen und Tilgung der Bundesschulden der zweithöchste Posten im Bundeshaushalt.

Und doch fällt es der Regierung nicht allzu schwer, das Geld aufzutreiben. Denn die Banken und Versicherungen, die Investment-Fonds und Superreichen sind aus ihren hochspekulativen Geldanlagen geflohen und suchen nun verzweifelt nach sicheren Anlagemöglichkeiten. Sie zeichnen die Staatsanleihen und kassieren die Zinsen. So werden nicht nur die Verluste sozialisiert, sondern auch gleich die privaten Profite für die Zukunft staatlich garantiert.

Im Gegenzug werden die Steuerzahler dafür in Haftung genommen. Denn die steigende Staatsverschuldung werden die Arbeitnehmer, die Arbeitslosen, Rentner, die Schüler und Studenten, die Kranken, .. mit höheren Steuern, Kürzungen bei den Sozialausgaben und Inflation bezahlen.

Die Banken verdienen prächtig daran: an den Emissionen, am Handel und an eigener Geldanlage – finanziert aus Zentralbankgeld zu Billigstzinsen – in die festverzinslichen Staatspapiere zu höchster Güte. Der Gerettete bittet den Notarzt zur Kasse.

Und so kann ein Manager wie Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann schon wieder von 25 Prozent Rendite schwärmen, während Arbeitslose, Kurzarbeiter und Steuerzahler dabei sind, für die Folgen hochriskanter Bankerspekulationen geradezustehen.

Die Blase schwillt wieder an und ihr Platzen wird lauter sein als alles, was wir bis jetzt gehört haben

Finanzvermögen wurden gerettet

Und keiner stellt die Frage, woher kommen den eigentlich die ungeheuren Finanzvermögen, die auf der Jagd nach Rendite den Weltfinanzmarkt überschwemmt haben und nach wie vor überschwemmen.

Zwar werden die Reichen zur Zeit weltweit ärmer. In Deutschland ist das Privatvermögen nach einer Berechnung von Allianz/Dresdner Bank im Jahr 2008 um rund 110 Mrd. Euro gesunken (SZ, 7.1.2009). Trotzdem beträgt es allein in Deutschland immer noch an die 4.500 Mrd. Euro.

Zum Vergleich: Der Bundeshaushalt beträgt 290 Mrd. Euro.

Dieses Vermögen ist sehr ungleich verteilt:

- Ein Drittel hat nichts oder nur Schulden.
- das mittlere Drittel verfügt über ein gutes Drittel des Vermögens (40 %)
- das obere Drittel nennt knapp Zweidrittel sein Eigen (60 %);
allerdings ist auch im oberen Drittel das Vermögen ungleich verteilt: ein Prozent der Bevölkerung besitzt 23 Prozent des Gesamtvermögens.

Weltweit ist es nicht anders:

Das weltweite Privatvermögen ist im Krisenjahr 2008 lediglich um 15 Prozent von 108 Bio. USD auf 92 Bio. USD gesunken.

Das ist das Paradoxe dieser Krise: Zwar sorgen das „Schicksal“ einer Frau Schaeffler oder einer Frau Schickedanz für Schlagzeilen, aber im Großen und Ganzen konnten die Superreichen ihre Vermögen vor dem Crash retten, so dass Geld und Vermögen nach wie vor im Überfluss vorhanden sind.

Nur redet keiner mehr über diesen überbordenden Reichtum. Weil sich nur so legitimieren lässt, dass die Vermögen der Reichen auf Kosten der Steuerzahler gerettet werden, in dem die Schulden der Banken schrittweise in die Staatshaushalte verlagert werden, und von dort auf die Steuerzahler der Zukunft.

Dabei liegen genau in diesem sagenhaften Finanzvermögen die Ursachen für die Finanzkrise.

Im Jahr 1980 übertraf das Weltsozialprodukt (12 Billion USD), d.h. die in diesem Jahr produzierten Güter und Dienstleistungen, noch das Finanzvermögen (10,1 Bio. USD).

Bis zum Jahr 2007 hatte sich das Finanzvermögen auf fast 200 Bio. USD vervielfacht, so dass im Jahr 2007 die gesamte Weltbevölkerung fast vier Jahre hätte arbeiten müssen, um Güter und Dienstleistungen (BIP 2007: 54,56 Bio. USD) im Gegenwert des Finanzvermögens (196 Bio. USD, davon 108 Bio. privates Finanzvermögen) zu produzieren.

Das heißt, die Vermögen der Banken, der Investmentfonds, der Konzerne und der Reichen sind um ein mehrfaches schneller gewachsen, als die Wirtschaft - als die Produktion - gewachsen ist.

Wenn sich die Profite aber von der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung so entkoppeln, dann gibt es ökonomisch gesehen nur zwei Möglichkeiten.

- Entweder die Profite und Kurssprünge sind überwiegend Luftnummern, stehen nur auf dem Papier und eines Tages, wenn sich nämlich herausstellt, dass den Buchwerten keine realen Werte entsprechen, dann platzt die Blase.
- Oder die Profitmacher verschaffen sich ihre Reichtumszuwächse nicht aus dem realen Wachstum - weil dieses ja gar nicht vorhanden ist -, sondern sie greifen sich Teile der Substanz, sie eignen sich Besitzstände im Ausland oder ihrer Wettbewerber im Inland und vor allem Teile des Einkommens ihrer Beschäftigten an.

Beides ist in Deutschland und den anderen Industrienationen geschehen.

Umverteilung

Die interessante Frage ist doch: Wie konnten sich solche Gebirge von Geldvermögen auftürmen, die nichts mehr mit der Wertentwicklung der realen Wirtschaft zu tun hatten – und die dann schließlich, als klar wurde, dass die Ansprüche der Geldvermögensbesitzer nicht gedeckt waren durch reale Werte, krachend in sich zusammenstürzten und die reale Wirtschaft mit unter sich begruben?

Bis Ende der 70er Jahre wurde die wirtschaftliche Entwicklung von der Erkenntnis von Henry Ford geleitet: Autos kaufen keine Autos!

Damit die Arbeiter all die schönen Dinge kaufen konnten, die sie produzieren, stiegen die Löhne im Gleichklang mit der Arbeitsproduktivität.

Die Arbeitszeit wurde verkürzt - 5-Tage-Woche, längerer Urlaub, kürzere Wochenarbeitszeit, niedrigeres Renteneintrittsalter - mit der Folge, dass mehr Menschen Arbeit und Einkommen hatten.

Aber dann kam Ende der 70er Jahre ein Knick.

Während die Arbeitsproduktivität steil anstieg - wo früher in einer Fabrik Tausende beschäftigt waren, sind es heute ein paar Hundert, die aber ein vielfaches produzieren -;

während die Arbeitsproduktivität also steil anstieg, stagnierten die Löhne. Die Arbeitszeit wurde flexibilisiert und sogar verlängert. Ein Sektor unsicherer Arbeit mit niedrigem Einkommen wurde geschaffen - gesetzlich vorangetrieben: Leiharbeit, befristete Beschäftigung, Teilzeit, Scheinselbstständigkeit.

Das untergrub - zusammen mit der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit - die Durchsetzungskraft der Gewerkschaften. Mit der Folge, dass der Anteil der Löhne am Volkseinkommen zurückging. Allein in der Zeit 2000 - 2008 sank die Lohnquote um 7 Prozent von 72,2 auf 65,2 Prozent. Und das in der Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs. Das gab es vorher noch nie.

In Euro berechnet bedeutet das einen Verteilungsverlust von 2000 bis 2008 von insgesamt 596,8 Mrd. Euro.

2008 lag der Betrag bei 132 Mrd. Euro. Der Verteilungsverlust allein in 2008 ist damit mehr als fünfmal so hoch wie das Konjunkturprogramm, das ja für zwei Jahre angelegt ist und insgesamt 50 Mrd. Euro ausmacht.

- Während also die Produktivität und die Produktionskapazitäten stiegen, ging die Kaufkraft zurück.
- Logischerweise produziert ein Unternehmen aber nur die Dinge, die es auch verkaufen kann.
- Die zweite Folge: Explodierende Profite. Wenn der Anteil der Löhne am Volkseinkommen sinkt, dann steigt entsprechend der Anteil aus Profiten und Vermögenseinkommen.

Aber während die Profitquote stieg, ging der Anteil, der für Investitionen genutzt wird, zurück. Die Investitionsquote sank.

Im Jahr 1960 verfügten die deutschen Kapitalgesellschaften der Realwirtschaft noch kaum über Finanzvermögen; fast alles steckte in den Sachanlagen des Betriebs. Heute ist ihr Finanzvermögen fast so hoch wie das Realvermögen dieser Betriebe.

Der Spruch: die Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen, hat sich als reines Märchen erwiesen.

Ein immer größerer Teil der Unternehmensgewinne wird nicht für die eigentlichen Unternehmenszwecke benötigt, sondern drängt auf den internationalen Finanzmarkt, um dort - in der Sphäre der Spekulation - Gewinne zu erzielen.

Und dort - in der Sphäre der Finanzwirtschaft - wurden die Profite zu sagenhaften Reichtümern auf dem Papier aufgeblasen, immer neue, noch riskantere Finanzprodukte wurden erfunden, mit dem bekannten Ergebnis eines Urknalls im Finanzsektor, der dann zum Auslöser für eine weltweite Wirtschaftskrise wurde.

Exportorientierung

In der Zwischenzeit waren aber die märchenhaften Gewinne in der Finanzspekulation auch zum Maßstab für die reale Wirtschaft geworden - shareholder value, nennt sich das - d.h. dass das Unternehmen ein höheres Ergebnis erzielen will, als die Investoren mit ihrem Geld an den Börsen der Welt, von den Cayman Islands über die Wall Street und London bis nach Hongkong, an Zinsen erzielen könnten.

Wenn die Renditeziele nicht erreicht werden, wird restrukturiert, rationalisiert, verlagert, ausgegliedert. Unternehmensteile werden verkauft, es erfolgt eine Konzentration auf Kernbereiche. Das Unternehmen nimmt Kredite auf, um Dividenden zu bezahlen, die höher sind als der Gewinn. Da müssen dann natürlich die Kosten noch drastischer gesenkt werden, Arbeitsplätze werden vernichtet, die Beschäftigten werden auf die Streckbank „betrieblicher Bündnisse für Arbeit“ mit längeren Arbeitszeiten und niedrigeren Löhnen gezwungen.

Natürlich wird dadurch die Kluft zwischen der Kaufkraft auf dem Binnenmarkt und den Produktionskapazitäten noch größer.

Die Unternehmen weichen in den Export aus.

Nachdem dies die Unternehmen in allen Industrieländern machen, müssen sie weiter die Arbeitskosten senken, um konkurrenzfähig zu bleiben.

Und so wird zur Stärkung der Exportfähigkeit rationalisiert und restrukturiert, werden die Löhne gesenkt und die Arbeitszeit flexibilisiert und verlängert. Leiharbeit, befristete Beschäftigung und ein wachsender Niedriglohnsektor erhöhen den Druck auf die Arbeitskraft.

Die Kluft zwischen Produktionsmöglichkeiten und kaufkräftiger Nachfrage wird dadurch aber natürlich noch größer.

Aber für die Konzerne wurde die sinkende Kaufkraft auf dem Binnenmarkt durch die gestiegene Exportfähigkeit mehr als wettgemacht. Nahezu 50 % aller in Deutschland erzeugten Güter und Dienstleistungen gingen in den Export.

Lokomotive USA

Dies konnte funktionieren, weil die USA wie ein Staubsauger die in aller Welt produzierten Waren aufsaugten. In den USA stagnierten aber die Löhne seit den 1980er Jahren ebenso wie in den anderen Industrieländern. Aber das Kapital war dort auf eine schlaue Idee gekommen: Wir erhöhen nicht die Löhne, sondern wir geben den Arbeitern Kredit. Kredite für den Kauf von Häusern und Autos.

Mit Kreditkarten - die anders als bei uns nicht monatlich bezahlt werden müssen, sondern erst nach einem halben Jahr, nach einem oder zwei Jahren fällig werden - konnten Textilien, Heimkinos, PC, die in aller Welt produziert worden waren, gekauft werden.

Die Banken behielten die Schulden nicht in ihren Büchern, sondern machten aus den Schulden ein Wertpapier, das an der Börse gehandelt wird.

Dieser Wertpapierhandel mit Schulden führte zu Milliardengewinnen und Millionengehältern in der Finanzbranche .

Da wollten natürlich alle dabei sein: die Landesbanken, die Commerzbank, die Hypo Real Estate, die Deutsche Bank.

Banken aus aller Welt transferierten die Vermögen und die Gewinne der Konzerne, die diese im Export verdienten und nicht zu Hause investierten, in die USA.

Natürlich blieben die Gewinne nicht bei den Banken, sondern wurden als Dividende an die Aktionäre und als Bonuszahlungen an das Spitzenmanagement ausgezahlt.

Als dann die Blase platzte, musste der schwäbische Sparer, der sein Ersparnis - also echtes Geld - in ein Wertpapier gesteckt hatte, nun feststellen, dass es sich bei dem Wertpapier um keinen „Wert“, sondern um die Schulden eines zahlungsunfähigen Arbeiterhaushaltes in den USA handelt.

Das ist die Genialität des Kapitalismus: aus Schulden ein Wertpapier zu machen und dafür von den Leuten „echtes Geld“ zu kassieren.

Die Bankenkrise begann und löste eine globale Wirtschaftskrise aus.

Aber in der Zwischenzeit konnten die Konsumenten in den USA mehr Geld ausgeben, als sie verdienten. Sie kauften mit fremdem Geld die Waren, die im Ausland produziert werden. Und verschuldeten sich immer mehr, bis ihnen die Schulden über den Kopf wuchsen.

Ein durchschnittlicher Arbeiterhaushalt in den USA ist heute mit 140 % seines Jahreseinkommens verschuldet. Zum Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise 1929-32 waren es 25 % eines Jahreseinkommens.

Daraus lässt sich schlussfolgern, dass die US-Haushalte in den nächsten Jahren damit beschäftigt sein werden, ihre Schulden abzustottern und als Konsumenten von in Deutschland hergestellten Waren weitgehend ausfallen werden.

Ähnlich ist die Situation bei unseren süd- und osteuropäischen Nachbarn.

Schlussfolgerungen

Wenn

- Internationaler Währungsfond und EU-Kommission vor diesem Hintergrund jetzt zu der Erkenntnis kommen, dass die wirtschaftliche Lage erst dann wieder stabiler wird, wenn die Binnennachfrage steigt und der private Konsum anzieht, (der wirtschaftliche Absturz wird bisher nur durch staatliche Konjunkturprogramme und billiges Geld der Zentralbanken gebremst)
- und wenn denn die Situation die ist, dass sich hierzulande und im Ausland die Leute - mit immer weniger Geld in der Tasche - all die schönen Dinge, die sie produzieren, nicht kaufen können;

dann liegt es doch auf der Hand, dass dieses Problem nur bewältigt werden kann

1. mit einer spürbaren Erhöhung der Masseneinkommen, d.h. der Löhne, Renten, des Arbeitslosengeldes;
2. mit einer drastischen Arbeitszeitverkürzung mit weitgehendem Lohnausgleich;
3. mit massiven öffentlichen Investitionsprogrammen zum ökologischen und humanen Umbau des Produktions- und Konsumtionsmodells.

Und wie wir an den ungeheuren Finanzvermögen sehen, ist das Geld zur Finanzierung auch vorhanden. Man muss es nur abschöpfen.

Daraus lässt sich weiter schlussfolgern, dass

1. Erstens, die Rettungspakete für die krisengeschüttelte Wirtschaft nicht auf die Masse der Bevölkerung abgewälzt werden dürfen, sondern sie müssen von denen bezahlt werden, die jahrelang an der Spekulation verdient haben und die für das ungeheure Ausmaß der Krise verantwortlich sind.
2. Zweitens: Wenn öffentliche Gelder an Unternehmen gehen, dann muss dies mit Garantien für die Arbeitsplätze und die Arbeitsbedingungen verbunden sein.

Und es muss klar sein: Staatsgeld nur im Austausch gegen Eigentumsrechte und radikale Demokratisierung! Die dann auch genutzt werden müssen, um eine strukturelle Veränderung der Prioritäten des Wirtschaftens zu erzwingen.

3. Drittens: Es wird immer deutlicher, dass die Banken die öffentlichen Mittel nicht zur Versorgung der Wirtschaft mit Geld nutzen, sondern die Riesensummen in Empfang genommen und für sich behalten haben. Ohne diese Alimente vom Steuerzahler müssten alle großen Banken schon Insolvenz beantragen, denn das Maß ihrer faulen Kredite übersteigt bei weitem das der Aktivposten. Deshalb vergeben sie nur noch wenige und teure Kredite.

Dazu kommt: Wenn schon die Pleite einer mittlere Großbank das weltweite Finanzsystem gefährdet; wenn, wie es in den politischen Sonntagsreden heißt, der Finanzmarkt ein öffentliches Gut ist, dann muss dieses öffentliche Gut schleunigst in öffentliches Eigentum überführt werden. Und zwar nicht nur die schlechten Teile, sondern insgesamt.

Da sich die Banken als Fässer ohne Boden erweisen⁷, gibt es sowieso nur zwei Alternativen: entweder enteignen die Bankaktionäre die Bürger oder die Bürger enteignen die Bankaktionäre!

4. Verstaatlichung allein genügt nicht. Das Versagen der öffentlich-rechtlichen Banken beweist das. Die verstaatlichten Banken müssen demokratischer Kontrolle unterworfen werden. Belegschaften und ihre Gewerkschaften, Kommunen, Verbraucher- und Umweltverbände, der Mittelstand, Frauen- und Drittweltgruppen, sie alle müssen einbezogen werden in die Entscheidungsprozesse der Banken. Denn nur dann lässt sich eine Finanz- und Kreditpolitik durchsetzen,
 - die nicht mehr der Profitmaximierung und der Vermögensmehrung der Reichen dient, sondern
 - die ausgerichtet ist auf Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit und den Schutz der Umwelt,

5. Fünftens ist zur Finanzierung eine völlig neue Steuerpolitik erforderlich, die jene Vermögen abschöpft, die nicht für produktive Investitionen genutzt werden. D.h.
 1. Erhöhung des Spitzensteuersatzes und der Unternehmenssteuern und progressive Besteuerung von hohen Einkommen, Vermögen und Profiten
 2. drastische Spekulationssteuer. Dafür muss man nicht auf den Rest der Welt warten, die kann die Europäische Union einführen.
 3. Wenn von den 880.000 Millionären unseres Landes eine Vermögensteuer von 5 % erhoben würde - bei einem Steuerfreibetrag von 1 Million - kämen jährlich ca. 100 Milliarden Euro in den Steuersäckel. Und den Reichen würde es trotzdem nicht an die Substanz gehen.

Es gibt also Alternativen. Die Hoffnung allerdings, die wirtschaftlich und politisch Mächtigen würden solche Ideen aufgreifen, ist eine Illusion. Wenn man Arbeit für alle und einen fairen Lohn will, muss man das Diktat der Kapitalseite im Wirtschaftsleben beenden.

Man muss endlich die alte Forderung realisieren: Demokratie darf nicht am Werkstor enden!

⁷ Die Deutsche Bank hat im 2. HJ 2008 und im 1.Quartal 2009 „Positionen im Wert von 38,1 Mrd. Euro vom Anlage- ins Kreditbuch verschoben. Dort müssen sie nicht mehr mit dem Marktwert bilanziert werden, sondern stehen zum Buchwert in der Bilanz. So vermied das Haus im ersten Quartal 2009 Abschreibungen von 1,4 Mrd. Euro. Stattdessen bildete die Deutsche Bank lediglich 200 Mio. Euro Kreditfürsorge - und erzielte einen Milliardengewinn.“ (Südd. Zeitung, 20.5.2009)

Ifo-Präsident Prof. Sinn weist in einem Interview mit der Südd. Zeitung am 19.9.2009 darauf hin, dass die deutschen Kreditinstitute einen großen Teil ihres Vermögens verloren haben. „Ihr Eigenkapital lag bei 300 Mrd. Euro. Davon waren bis zum Frühjahr schon 60 Mrd. weg. Weitere, hohe Abschreibungen stehen noch aus.“ Er bezieht sich auf den IWF, der für die Banken einen Verlust von 4 Bio. USD erwartet. Bisher seien ca. 1,5 Bio. abgeschrieben. Sinn: „Das heißt: Die Banken haben den Löwenanteil der Abschreibungen noch vor sich.“

Seine Schlussfolgerung: Die Banken müssen „den Staat temporär als Miteigentümer akzeptieren. ... Klar, dass sich Banker wehren. Und gerade deshalb muss man sie zwingen.“